



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

# **Universitätsbibliothek Paderborn**

## **Nordrhein-Westfalen-Programm 1975**

**Nordrhein-Westfalen / Landesregierung**

**Düsseldorf, 1970**

3.21 Wettbewerbsförderung

**urn:nbn:de:hbz:466:1-8442**

### 3.2

#### Wirtschaftswachstum

Neben dem Angebot preisgünstiger und ausreichender Energie hängt die Entwicklung der Wirtschaft von der Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Betriebe und der Neuansiedlung von Betrieben ab.

Um genügend qualifizierte Arbeitsplätze für industriegewohnte und fortbildungswillige Arbeitnehmer schaffen zu können, reicht nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre eine Ansiedlung neuer Betriebe im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung nicht aus. Es hat sich vielmehr als notwendig erwiesen, das Schwergewicht der Wirtschaftspolitik des Landes auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Betriebe zu legen. Dabei soll der staatliche Anreiz zur schnelleren Umstellung auf aussichtsreiche Fertigungen und damit zur höheren Produktivität der Wirtschaft auf die Verhältnisse im jeweiligen Betrieb abgestellt werden, während die regionale Wirtschaftsförderung durch Betriebsansiedlungen und gleichzeitiger Verbesserung der öffentlichen Grundausstattung an oder in der Nähe von Entwicklungsschwerpunkten nach dem Landesentwicklungsplan II unter besonderer Berücksichtigung des ländlichen Raumes durchzuführen sein wird.

### 3.2.1

#### Wettbewerbsförderung

Weil der Wettbewerb für die wirtschaftliche Entwicklung ein wichtiger Faktor ist, müssen alle Beteiligten daran interessiert sein, sowohl die Voraussetzungen als auch die Bereitschaft für einen gut funktionierenden Wettbewerb zu sichern.

Wichtiger Ansatzpunkt zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit ist eine leistungsfähige Betriebsgröße. Sie kann durch Spezialisierung, Zusammenschlüsse oder Kooperation erreicht werden. Nach Auffassung der Landesregierung müssen daher die Bemühungen von Industrie, Dienstleistungsgewerbe und Handwerk fortgesetzt werden, zu kostengünstigen Produktionseinheiten zu kommen.

Dabei werden Umgruppierungen der Unternehmen und eine weitere Spe-

zialisierung auf bestimmte Erzeugnisgruppen notwendig sein. Die damit verbundenen Änderungen in der Produktionsstruktur werden beträchtliche soziale und regionale Auswirkungen haben, denen die Landesregierung ihre besondere Aufmerksamkeit widmet.

Es wäre wirtschaftspolitisch verfehlt, durch öffentliche Mittel veraltete Strukturen zu erhalten oder den Umstellungsprozeß zu behindern, da der Strukturwandel geradezu der Motor des Wachstums ist. Strukturpolitisch sind diejenigen Betriebe besonders geeignet, zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur beizutragen, die nicht nur wachstumskräftig sind, sondern auch eine hohe Produktivität haben; denn die Produktivität ist der wichtigste Faktor für die Steigerung des Sozialprodukts. Die Höhe der Produktivität ist in den einzelnen Branchen außerordentlich verschieden und schwankt zwischen 90 000 DM und 15 000 DM Nettoproduktionswert je Beschäftigten. Im Durchschnitt der Industrie liegt sie mit einer Wertschöpfung von rund 23 000 DM weit über dem Niveau der übrigen Wirtschaft, die nur knapp 19 000 DM erreicht.

Aus der Produktionsskala der Industriebranchen kann ersehen werden, wie verschieden das Leistungsergebnis von Arbeitskräften je nach den gegebenen technischen und organisatorischen Bedingungen ist. Um so schwerer wiegt, daß in der nordrhein-westfälischen Wirtschaft immer noch rund zwei Drittel aller Beschäftigten in Zweigen tätig sind, deren Produktivität unterhalb des Durchschnitts liegt.

Im Zuge der staatlichen Strukturpolitik werden daher weiterhin zur Anpassung oder Umstellung Mittel aus dem Landeshaushalt zur Verfügung gestellt werden, um das wirtschaftliche Hauptziel zu erreichen, den Anschluß des nordrhein-westfälischen Wirtschaftswachstums an das der Bundesrepublik zu sichern.

### 3.2.2

#### Regionale Wirtschaftsförderung

Dem gleichen Ziel, nämlich die Wirtschaftskraft des Landes zu festigen, dient eine gezielte regionale Wirtschaftsförderung im Programmzeitraum. Auch sie wird vor allem dar-

auf ausgerichtet sein, die wachstumsstarken Bereiche der nordrhein-westfälischen Wirtschaft zu erweitern und die Produktivität der Wirtschaft des Landes zu erhöhen.

Mit der Neuansiedlung gewerblicher Betriebe wird die Stärkung der Wirtschaftskraft wirtschaftsschwacher Teilgebiete des Landes oder die Auflockerung einseitig strukturierter Wirtschaftsgebiete angestrebt. Gleichzeitig kommt es darauf an, den wirtschaftsstrukturellen Wandlungsprozessen Rechnung zu tragen, die sich aus den technischen Fortschritten und einer sich ständig ändernden Nachfragestruktur ergeben; weil dabei zwangsläufig auch Arbeitsplätze wegfallen, wird die Landesregierung ihre Möglichkeiten nutzen, um hierfür neue Arbeitsplätze in den der Gesamtentwicklung angepaßten Betrieben schaffen zu helfen. Da der Strukturwandel der Wirtschaft und der technische Fortschritt in den nächsten Jahren zu Freisetzungen von Arbeitskräften führen wird, kann das Land nicht darauf verzichten, industrielle oder gewerbliche Neuansiedlungen und den Aufbau neuer zusätzlicher Fertigungen in bereits bestehenden Betrieben zu fördern, um auch dadurch einseitige Wirtschaftsstrukturen aufzulockern und eine ausgewogene Mischung von Wirtschaftszweigen und Betriebsgrößen in den verschiedenen Gebieten zu erreichen. Die Voraussetzungen für ein sicheres und dauerhaftes Arbeitsplatzangebot werden dadurch verbessert. Nach Ansicht der Landesregierung soll die mit öffentlichen Mitteln geförderte Betriebsansiedlung und -erweiterung unter Beachtung der Ziele von Raumordnung und Landesplanung an oder in der Nähe von Entwicklungsschwerpunkten nach dem Landesentwicklungsplan II erfolgen.

Eine Förderungskonzentration auf bestimmte Schwerpunkte des Landes wird von dem unterschiedlichen Grad der Wirtschaftskraft der Gebiete des Landes ausgehen müssen. Der schnelle Wandel der Wirtschaftsstrukturen verbietet allerdings zumeist eine strenge geographische Abgrenzung solcher Förderungsräume, weil die Interdependenzen der nordrhein-westfälischen Wirtschaft eine starre Anlehnung an Kreis- oder Stadtgrenzen ausschließen.